

„Es geht um alles“:

Die Linke – sozialistische Menschenrechtspartei in Zeiten des Rechtsrucks

Die politische Situation im Land nach den Europawahlen und den drei ostdeutschen Landtagswahlen gibt Anlass zur Sorge.

Nicht nur das weitere Erstarken der im Kern faschistischen AfD, sondern auch die ebenfalls gegen Geflüchtete sowie Armutsbetroffene gerichtete Politik von Grünen, SPD, FDP, CDU/CSU und BSW offenbart einen zu bekämpfenden massiven Rechtsruck. Dieser wird auch in der immer stärker werdenden Hetze gegen Migrant:innen, queere Menschen, Linke und Antifaschist:innen deutlich. Diese Politik verbreitet bewusst Angst und Unsicherheit bei den Betroffenen und soll zu einer Entsolidarisierung innerhalb unserer Klasse dienen. Dem müssen wir uns als Die Linke deutlich entgegenstellen.

Das endgültige Scheitern der Ampel markiert das Ende einer Regierung, die vor allem durch Stillstand und Streitereien auffiel und so das Vertrauen der Bevölkerung nachhaltig geschwächt hat. Statt echter Lösungen für die drängenden Probleme gab es endlose Debatten und am Ende Entscheidungen zugunsten der Wohlhabenden.

Noch am Abend nach der Entlassung von Finanzminister Lindner machte Olaf Scholz klar, dass er nun gemeinsam mit der Union noch die weitere Aufrüstung und die Abschottungspolitik voranbringen will, nicht etwa Armutsbekämpfung und Klimaschutz. Das zeigt, dass da rituelle „soziale Jahr“, das die SPD immer vor Bundestagswahlen einläutet, mehr Schein als Sein ist.

Davon profitieren in den Umfragen im Moment aber nicht wir als sozialistische Opposition, sondern die antisoziale Union, die rechtsextreme AfD und das zunehmend rechtskonservativ auftretende BSW.

Die Ampel ist an wirtschaftspolitischen Differenzen unter den koalierenden Parteien zerbrochen. Strittig war, wie die lahrende Ökonomie zu reaktivieren ist, wie der Strukturwandel zur postfossilen, digitalen Betriebsweise gelingen kann und wie mit der Schuldenbremse und dem Sozialhaushalt umgegangen werden soll. Diese Fragen umtreiben nicht nur die Parteien der zerbrochenen Ampel, sondern auch den Großteil der Bevölkerung. Es ist daher davon auszugehen, dass Wirtschafts- und Finanzpolitik, Struktur- und Industriepolitik sowie Sozial- und Verteilungspolitik zentrale Themen im Wahlkampf sein werden und in ihm der Frage der Schuldenbremse eminente Bedeutung zukommen wird.

Unsere Partei kann davon nur profitieren. Hierauf müssen wir uns jedoch vorbereiten und unsere wirtschaftspolitischen Schwächen schleunigst überwinden. Wir wollen daher gemeinsam mit linken Ökonom*innen Schulungsangebote für Kandidat*innen und Kreisverbände zu den Grundlagen linker Wirtschafts- und Finanzpolitik anbieten.

Kernthema im Wahlkampf ist daher zum einen ein von uns noch zu erarbeitendes linkes wirtschafts- und finanzpolitisches Konzept, zum anderen die Kritik an der Schuldenbremse und an unzureichenden Investitionen in Ökonomie, Infrastruktur, Daseinsfürsorge und Klima. Unsere Kritik an der Schuldenbremse sollten wir nicht abschwächen, indem wir der falschen Annahme einer prinzipiellen Ausgabenkonkurrenz innerhalb eines vermeintlich unveränderlichen Budgets auf den Leim gehen.

40 Wir sollten auch davon absehen, die Durchsetzung unserer Forderungen nur von Vermögens- und
 41 Einkommensbesteuerung der Reichen abhängig zu machen. Freilich bleibt „Tax the Rich“ eine
 42 notwendige Forderung, um die Demokratie vor übermäßiger wirtschaftlicher Macht und
 43 gesellschaftlicher Ungleichheit zu schützen, aber zur Finanzierung der von uns geforderten Ausgaben
 44 gehören neben Steuerpolitik auch öffentliche Verschuldung und die Monetarisierung von
 45 Staatsausgaben durch Instrumente der Geldpolitik.

46 Die Linke leidet darunter, dass ihr selbst im Kernbereich ihrer Politik – soziale Gerechtigkeit – kaum
 47 noch eine Gestaltungsmacht zugetraut wird. Viele Wähler:innen wissen nicht einmal, dass Die Linke
 48 noch existiert.

49 Um Wahrnehmbarkeit zurückzugewinnen, müssen wir uns stärker fokussieren. Deshalb wird der
 50 Landesvorstand im Austausch mit den verschiedenen Strukturen im Landesverband eine Zahl von 2-4
 51 konkreten Schwerpunktthemen setzen, auf die der Landesverband sich im Jahr 2025 konzentriert.
 52 Dabei wird auf möglichst viel Überschneidung mit kommunalen und bundesweiten
 53 Schwerpunktthemen geachtet. Die Schwerpunktthemen werden in den Mittelpunkt sowohl der
 54 Öffentlichkeitsarbeit als auch der Struktur- und Bildungsarbeit gestellt. Der Landesvorstand wird
 55 beauftragt, im Anschluss an die Bestimmung der Schwerpunkte ein konkretes Maßnahmenpaket
 56 hierzu zu beschließen.

57 Auch die großen Mobilisierungen gegen Rechts in der ersten Jahreshälfte haben nicht dazu geführt,
 58 die Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben. Politiker:innen, die noch im Frühjahr auf
 59 Massenkundgebungen gegen die Deportationspläne der extremen Rechten starke Worte gefunden
 60 haben, beteiligen sich jetzt an dem Wettbewerb, wer das Land schneller und effektiver abschottet
 61 und wer schneller, rücksichtsloser und entschlossener Menschen entrechtet und abschiebt. Wir
 62 stellen uns dem erstarkenden nationalen und internationalen Antisemitismus, der
 63 Islamfeindlichkeit und dem Rassismus klar entgegen.

64 CDU-Politiker verbreiten Parolen, wie wir sie bisher nur von AfD-Funktionär:innen gehört haben, die
 65 SPD-Innenministerin Faeser versucht selbst einen Hardliner wie Herbert Reul rechts zu überholen.
 66 Und die Grünen kaufen die Apotheken leer, weil sie so viele Bauchschmerzen haben...

67 Trotz einiger tarifpolitischer Erfolge sind die Reallöhne in den letzten Jahren massiv gesunken. Viele
 68 Beschäftigte wissen nicht mehr, wie sie sich die Fahrt zur Arbeit leisten können und haben Angst vor
 69 einem weiteren Abbau der erkämpften Errungenschaften. Es gibt unter anderem Angriffe auf das
 70 Streikrecht und das Recht auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

71 Sozial Benachteiligte, Erwerbslose und Menschen mit Migrationshintergrund werden in diesem Land zu
 72 Sündenböcken gemacht. Sie werden als zu teuer, zu faul und zu dumm verächtlich gemacht, ihre
 73 Bedürfnisse werden vernachlässigt und als gegen die Interessen der „arbeitenden Mitte“ ausgespielt. Die
 74 Kürzungen in den Haushalten von Bund und Land gehen vor allem zu ihren Lasten. So kürzt die
 75 Bundesregierung die Mittel für Inklusion und Teilhabe am Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen
 76 um 40%, die Mittel für Arbeitsmarktintegration um 30% und erlegt den „Bürgergeld“-Beziehenden eine
 77 Nullrunde auf, was angesichts der Inflation eine reale Kürzung der Regelsätze bedeutet. Auch die NRW-
 78 Landesregierung kürzt die Mittel für Arbeitsmarktteilhabe und Inklusion. Diese Politik zu Lasten der
 79 Schwächsten ist menschenverachtend und überdies ein Versuch, die Arbeiter:innenklasse zu spalten. Die
 80 Linke ist dadurch, dass sie nicht Politik für die herrschende Klasse betreibt, derzeit die einzige
 81 Partei, die sich diesem Wettbewerb der Schäbigkeit entgegenstemmt.

82 und das ist gut so. Die Linke stellt dem die Forderung nach einem Recht auf Arbeit und nach einer
83 Ausbildungsgarantie entgegen.

84 Die Polizei wird aktiv gegen migrantisierte, armutsbetroffene sowie behinderte Menschen eingesetzt!
85 Gerichte vertreten eine Gesetzgebung, die spezifisch arme Menschen ausgrenzt, wie sich das im
86 Rahmen von Drogenkonsum und Schwarzfahren besonders zeigt. Hier greift oftmals unnötigerweise
87 die Freiheitsstrafe. Migrantisierte Menschen werden von der Exekutive als kriminell vorverurteilt.
88 Schutzsuchende Menschen leben oft in gefängnisähnlichen Strukturen.

89 Es ist zu befürchten, dass diese Missachtung von Menschenrechten auch zukünftig in Deutschland
90 Realität bleibt. Für behinderte Menschen, insbesondere Menschen mit psychischen Erkrankungen,
91 kann Polizeigewalt tödlich enden. Bei der körperlichen sowie psychischen Gewalt, wie Einsatz von
92 Pfeffersprays oder bestimmten Polizeigriffen, erreicht notärztliche Hilfe die betroffenen Menschen
93 oftmals nicht. Die Demilitarisierung der Polizei und die Kürzung der Finanzierung soll zugunsten des
94 Ausbaus von Inklusions- und Integrationsangeboten, sowie einer besseren Finanzierung medizinischer
95 Ersatzangebote stattfinden. Bei Polizeieinsätzen soll medizinisches Fachpersonal oder
96 sozialarbeiterisches Personal beistehen.

97 Nordrhein-Westfalen ist das Flächenbundesland mit der höchsten Armutsquote (lt. Paritätischer
98 Armutsbericht 2024):

99 Auch innerhalb von Nordrhein-Westfalen haben sich die Lebensverhältnisse stark
100 auseinanderentwickelt, am ärmsten sind hier die Raumordnungsregionen Emscher-Lippe und
101 Duisburg/Essen, am wohlhabendsten Arnsberg und Münster. Wäre das Ruhrgebiet ein eigenes
102 Bundesland, würde es bei der Armutsquote und beim SGB-II-Bezug das Armutsranking der
103 Bundesländer anführen.

104 Die Entlastungspakete der Bundesregierung kamen im Wesentlichen Armutsbetroffenen und
105 Geringverdienenden nicht zugute. Auf das versprochene Klimageld warten die Menschen immer
106 noch. Die Kindergrundsicherung ist als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet. Zusätzlich
107 fährt unsere schwarz- grüne Landesregierung gerade den sozialen Arbeitsmarkt vor die Wand und
108 und tritt auf die Langzeiterwerbslosen ein.“.

109 Währenddessen genehmigten sich die Landtagsabgeordneten in NRW 549 Euro Plus bei den Diäten
110 und die Bundestagsabgeordneten sogar 635,50 Euro – mehr als der Regelsatz für alleinlebende
111 Bürgergeldbezieher:innen. Allein die Abgeordneten der Linken stimmten im Bundestag dafür, diese
112 Diätenerhöhung 2024 auszusetzen.

113 Die Linke wird also dringend gebraucht: nicht nur als parlamentarisches Korrektiv, sondern als Kraft,
114 die für konkrete Verbesserungen streitet und eine grundlegende Alternative anbietet:

115 Wir sind demokratische Sozialist:innen. Unser Gegner ist der Kapitalismus und unser Ziel ist eine
116 Gesellschaft, in der die Früchte der Arbeit denen zugutekommen, die sie erarbeiten.

117 Nordrhein-Westfalen als Industrieregion ist wieder einem Wandel unterworfen. Wo im Ruhrgebiet
118 noch Stahl gekocht wird, drohen künftig massenhafte betriebliche Umbrüche um den sozial-
119 ökologischen Wandel zu gestalten. Dabei stehen wir fest an der Seite der Arbeiter:innen in den
120 Industriebetrieben, zeigen unsere praktische Solidarität und kämpfen für die Vergesellschaftung der
121 Schlüsselindustrie wie es Artikel 27 der Landesverfassung vorsieht:

122 *(1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung*
 123 *besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.*

124 *(2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.*

125 Auf jeden Fall müssen staatliche Hilfen an strauchelnde Unternehmen immer mit Eigentums- und
 126 Mitbestimmungsrechten verbunden werden. Bedingungslose Rettung zum Nutzen der Aktionär:innen
 127 ohne Garantien für Beschäftigung, Klima und Umwelt ist kein sinnvolles Konzept. Für diese Garantien
 128 stehen wir im Sinne einer Förderung der sozialökologischen Wirtschafts- und Verkehrswende ein.
 129 Industrie- und Verkehrsbetriebe müssen bei diesem Wandel unterstützt werden, ohne dass die
 130 Arbeiter:innen dabei auf der Strecke bleiben. Genauso bekräftigen wir unsere Forderung nach einem
 131 kostenlosen und funktionsfähigen ÖPNV, der zugleich zur Verkehrswende und zu einer Entlastung der
 132 unteren Einkommensgruppen beiträgt.

133 Einige große Rüstungskonzerne haben ihren Sitz in NRW. Rheinmetall, Thyssen Krupp und andere
 134 machen Gewinne mit den Kriegen um die Ukraine und im Nahen Osten. Sie liefern Waffen in alle
 135 Welt. Das Geschäft mit dem Tod wollen wir beenden, die Rüstungsindustrie vergesellschaften und die
 136 Produktion auf nachhaltige, friedens- und umweltverträgliche Güter umstellen.

137 Wir, Die Linke in NRW, stellen uns der Verantwortung, die sich aus unserer aktuellen Schwäche und
 138 der Größe unserer Aufgabe ergibt. Wir beugen uns nicht dem rechten Zeitgeist, um schnelle und
 139 flüchtige Zustimmung zu erlangen. Wir wissen: Jedes Zugeständnis an diesen Zeitgeist macht ihn nur
 140 stärker.

141 Wir beteiligen uns an Arbeitskämpfen und zeigen uns solidarisch, weil wir wissen, dass wir so die
 142 Position der Lohnabhängigen stärken. Nur im gemeinsamen Streik können wir Veränderung
 143 erkämpfen. Dabei ist wichtig, dass wir uns in Arbeitskämpfen von prekär Beschäftigten beteiligen,
 144 darunter Migrant:innen und Frauen. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen als
 145 Lohnabhängige.

146 Wir kämpfen für das Ende von Diskriminierung auf Grund von Herkunft, Hautfarbe,
 147 Religionszugehörigkeit, Geschlecht, Alter, Behinderung, sexueller Orientierung oder
 148 geschlechtlichen Identität.

149 Menschenrechte sind für uns kein Verschiebebahnhof. Sie gelten überall, für alle gleichermaßen.

150 Gegen die Gleichheit der Menschen agitieren faschistische und ultrakonservative Kräfte mit einem
 151 Kulturkampf von rechts. Die Rechte queerer Menschen, Frauenrechte, Integrations- und
 152 Einbürgerungsprogramme und vieles mehr werden bekämpft, der längst realen Vielfalt der
 153 Gesellschaft wird ein einfältiges Gesellschaftsbild der 1950er Jahre entgegengestellt. Abgelenkt
 154 werden soll damit von der bestehenden sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft. So sehr wir für
 155 Vielfalt kämpfen, so wenig werden wir uns auf diesen Kulturkampf hinunterziehen lassen. Als Die
 156 Linke sind wir die soziale Menschenrechtspartei.

157 Wir verteidigen die universellen Menschenrechte im Sinne der Allgemeinen Erklärung der
 158 Menschenrechte und die im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte. Die Würde des Menschen
 159 ist unantastbar.

160 Wir sind die sozialistische Menschenrechtspartei und kämpfen mit Entschlossenheit für soziale
 161 Menschenrechte.

162 • Das Recht auf gut bezahlte Arbeit zu Bedingungen, die nicht krank machen

- 163 • Das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum
- 164 • Das Recht auf chancengleiche, gebührenfreie Bildung ein Leben lang
- 165 • Das Recht auf gute, gesunde und vollwertige Ernährung
- 166 • Das Recht auf Gesundheitsversorgung unabhängig vom Einkommen
- 167 • Das Recht, in einer gesunden Umwelt zu leben und vor der Klimakatastrophe geschützt zu
- 168 werden
- 169 • Das Recht auf bezahlbare Mobilität
- 170 • Das Recht auf Schutz vor ungerechter exekutiver Gewalt

171 Wir kämpfen - für und um jede:n Einzelne:n und für die Mehrheit der Menschen. Und wir kämpfen

172 auch um jede:n. Unsere Leute, das sind alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um zu leben. Wir

173 unterstützen sie dabei, ihre Menschenrechte zu verwirklichen und wollen ihnen ein

174 selbstbestimmtes, diskriminierungsfreies Leben in Würde zu ermöglichen.

175 Wir sind die antimilitaristische Friedenpartei – auch vor Ort

176 Die brutalen Kürzungen im Bundes- und Landeshaushalt, getragen von allen bürgerlichen Parteien,

177 sind die Folge einer Kanonen-statt-Butter-Politik. Das hat direkte Folgen für die Kommunen in NRW:

178 die Sozialhaushalte werden massiv gekürzt, weitere Schwimmbäder, Museen, Jugendeinrichtungen

179 und Vieles mehr sind in Gefahr, die Obdachlosenhilfe wird gekürzt, Sprachkurse für Migrant:innen

180 oder auch die Förderung von guter Arbeit für Menschen mit Behinderungen. Die Armen sollen Krieg

181 und Aufrüstung bezahlen.

182 Wir organisieren deswegen den Widerstand gegen Militarisierung und Aufrüstung vor Ort.

183 Rechter Backlash, Aufrüstung und sozialer Kahlschlag äußern sich gegenüber Frauen in spezifischer

184 Weise. Zunehmender Hass und Gewalt bis hin zu Femiziden gegen Frauen sowie die gleichzeitige

185 Unterfinanzierung von Orten der Sicherheit und Gegenorganisation stehen einer angeblichen

186 Geschlechtergleichstellung beim Wehrdienst gegenüber. Wir nehmen nichts davon hin und wollen

187 diese Zusammenhänge und Möglichkeiten zur Gegenoffensive, jenseits aller liberalen Antworten, in

188 einer Frauen-Konferenz gegen Aufrüstung und Sozialabbau herausarbeiten.

189 Wir wollen möglichst viele organisieren, um als Klassenpartei unsere Durchsetzungsmöglichkeiten zu

190 erhöhen. Dabei waren wir schon erfolgreich: Mit 11% mehr Mitgliedern im ersten Halbjahr 2024 und

191 anhaltenden Neueintritten auch im zweiten Halbjahr gehen wir gestärkt in das wichtige Jahr 2025.

192 Für uns in NRW stehen im kommenden Jahr wichtige Wahlentscheidungen an:

193 Bei der Kommunalwahl geht es um unsere möglichst flächendeckende Verankerung und Präsenz in

194 Räten und Kreistagen.

195 Die schwarz-grüne Landesregierung und die SPD im Landtag versuchen, uns und andere kleinere

196 Parteien mit einem neuen Kommunalwahlrecht zu schwächen. Sie haben sich extra für NRW einen

197 Berechnungsmodus für kommunale Mandate ausgedacht, der Stimmen für kleine Parteien großzügig

198 in Mandate für die großen umwandeln soll. Das ist undemokratisch und deswegen klagen wir

199 dagegen vor dem Landesverfassungsgericht!

200 Unabhängig vom Ausgang der Verfassungsklage gehen wir selbstbewusst in die Vorbereitung der

201 Kommunalwahl. Wir wollen Kandidat:innen aufstellen, die unsere politischen Ziele vertreten und die

202 in der Arbeitswelt, in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Verbänden, Vereinen, in Schüler:innen-

203 und Studierendenvertretungen, in Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen,

204 Migrant:innen oder Rentner:innen verankert sind. Wir machen unser Angebot zu einer Kandidatur
 205 von (noch) parteilosen Menschen auf unseren Listen jetzt offensiv bekannt. Jetzt ist der Zeitpunkt, an
 206 dem wir uns gegenseitig kennenlernen müssen, um zu entscheiden, ob wir für fünf Jahre
 207 zusammenarbeiten wollen. Kriterien für Kandidierende werden wir ebenso wie die
 208 Kommunalpolitische Leitlinien im Frühjahr auf einem Landesparteitag beschließen.

209 Kandidat:innen für den Bundestag werden wir auf einer Landesvertreter:innenversammlung ebenfalls
 210 im Frühjahr wählen. Zudem stellen wir unsere Listen für die Regionalräte, RVR, LVR und LWL auf.

211 Nach der von Olaf Scholz angekündigten Vertrauensfrage wird es vermutlich zu einer vorgezogenen
 212 Neuwahl des Bundestags schon im März 2025 kommen. Kandidat:innen für den Bundestag werden
 213 wir auf einer Landesvertreter:innenversammlung im Januar wählen.

214 Die Suche nach geeigneten Kandidat:innen beginnt ebenfalls jetzt. Der Landesvorstand wird
 215 gemeinsam mit den Kreisverbänden die Kriterien für Kandidierende anhand der Beschlüsse des
 216 Bundesparteitags überarbeiten. Wir wollen eine Landesliste zur Bundestagswahl aufstellen, die die
 217 politische und regionale Vielfalt unseres Landesverbandes repräsentiert und die zentralen
 218 Schwerpunktthemen glaubwürdig verkörpert. Wir suchen nicht nach Medienstars, sondern nach
 219 authentischen Menschen mit Lebenserfahrung, bei denen Reden und Handeln übereinstimmt. Wir
 220 gehen diesmal geschlossen in die Wahlkämpfe und stellen Strömungsinteressen hinter die der Partei
 221 zurück. Wir stellen eine plurale Liste auf, die die Breite des Landesverbandes repräsentiert denn: Es
 222 geht um alles!

223 Das Jahr 2025 steht damit auch unter dem Motto „Die Linke lernt“. Der Bedarf an politischen und
 224 praktischen Bildungsangeboten steigt mit der Zahl der Neumitglieder und der neuen Aktiven.
 225 Gemeinsam mit der Bundespartei, den Bildungsträgern und den Bildungsverantwortlichen der
 226 Kreisverbände erarbeitet der Landesvorstand daher neue Bildungsangebote, auch niedrigschwellige,
 227 für Mitglieder, Vorstände, Wahlkampfleitungen und Kandidierende. Vieles allerdings wird „Learning
 228 by Doing“ sein müssen, aus Mangel an Zeit und Ressourcen. Es kommt darauf an, sich dessen bewusst
 229 zu sein und Kenntnisse und Erfahrungen langjähriger Mitglieder an die „Neuen“ weiterzugeben und
 230 neue Ideen gemeinsam auszuprobieren. Wir nutzen Bildungsangebote der Bundespartei zum Beispiel
 231 zum Haustürwahlkampf.

232 Wir verstetigen unsere Angebote zum inhaltlichen Austausch wie Videokonferenzen zu einzelnen
 233 Themen für Mitglieder und Kreisvorstände. Die vom Landesparteitag im Juni 2024 beschlossenen
 234 Projekte werden weiter aktiv umgesetzt.

235 Eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung unserer Partei spielt die Landesgeschäftsstelle. Wir
 236 entwickeln unsere Landesgeschäftsstelle zu einem Servicezentrum für den ganzen Landesverband
 237 fort. Mit dem ausleihbaren Infomobil mit kompletter Aktionsausstattung, mit einem Medienstudio
 238 zur Erstellung von Videos und Podcasts, mit einem Tagungsraum mit Videokonferenzmöglichkeiten
 239 und mit der Kompetenz, dem Engagement und der Kreativität unserer Mitarbeiter:innen. Wir
 240 verbessern unsere Sichtbarkeit in traditionellen und sozialen Medien.

241 Stand im vergangenen Jahr vor allem die Stabilisierung der Kreisverbände nach der Abspaltung im
 242 Mittelpunkt, so können wir uns jetzt um die Reaktivierung von (weitgehend) inaktiven
 243 Kreisverbänden kümmern. Die Betreuung dieser Kreisverbände ist aufwändig und neben
 244 ehrenamtlicher Landesvorstandsarbeit und ggf. Erwerbs- und/oder Familienarbeit kaum zu leisten.
 245 Die Bereitschaft dazu geht aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppen des letzten Parteitags hervor. Wir

246 sollten konkret überlegen, was gut funktionierende Kreisverbände in der Nachbarschaft zur
247 Reaktivierung schwacher Kreisverbände beitragen können.

248 Wir arbeiten immer noch und immer weiter an einer neuen Parteikultur. Dazu gehört für uns die
249 Umsetzung der Beschlüsse zur feministischen Erneuerung der letzten Bundesparteitage auf
250 Landesebene und in den Kreisverbänden. Aber auch die Stärkung und Vernetzung der feministischen
251 Strukturen im Landesverband.

252 Die neue Linke hat klare Positionen, vertritt sie aber nicht mit dem berüchtigten erhobenen
253 Zeigefinger. Wir sind offen für neue und alte Mitglieder und Unterstützer:innen und freuen uns über
254 neue Sichtweisen und Ideen, ohne dass wir sie immer eins zu eins übernehmen müssen. Wir können
255 verlieren, ohne beschämt zu werden und gewinnen, ohne nachzutreten. Wir leben Feminismus und
256 Antirassismus, auch wenn wir uns manchmal gegenseitig daran erinnern müssen, was das bedeutet.
257 Wir kümmern uns umeinander und um diejenigen, die wir vertreten. Wir sind aber explizit kein
258 Wohlfahrtsverband, sondern eine kämpferische Partei. Wir haben Lust auf Revolte und Veränderung,
259 im Hier und Jetzt. Das sind wir:

260 **Wir sind Die Linke. Wir sind NRW. Und wir kommen wieder.**

261 Damit ein erfolgreicher Neubeginn gelingen kann, braucht es grundsätzlich eine neue
262 Parteipraxis und Strategie. Diese muss die Menschen in ihrem Alltag abholen und Lösungen für
263 verschiedene Probleme und Sorgen liefern. Deshalb geht es nun darum, vor Ort aktiv zu sein.
264 Insbesondere in prekären Stadtvierteln, die schon längst abgeschrieben wurden, müssen wir mit
265 praxisnahen Aktionen, wie zum Beispiel Infostände, Stadteil- und Kinderfeste, gemeinsame Grill-
266 und Kochaktionen, Bastel- oder auch Nähaktionen Menschen erreichen, die der Politik schon
267 lange nicht mehr trauen. Insbesondere Haustürgespräche, welche nun ein zentraler Bestandteil
268 der Kampagne zur Bundestagswahl sein werden, erweisen sich als besonders hilfreich und
269 müssen von uns so gut es geht durchgeführt werden.-Außerdem sind die Kreisverbände
270 aufgerufen, mehr Beratungsangebote, wie die von der BAG "Die Linke hilft", anzubieten und das
271 möglichst überall. Der Landesvorstand wird deshalb konkrete Schritte einleiten und Ressourcen
272 bereitstellen, um "Die Linke hilft" in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Zudem soll im
273 Landesverband ein regelmäßiger Austausch über Arbeit in abgehängten Stadtteilen eingerichtet
274 werden. Zu diesem Thema wird im Jahr 2025 mindestens eine Veranstaltung in Präsenz vom
275 Landesvorstand organisiert.

276 Ab sofort steigen wir in den Wahlkampf ein. Im Bund wie in der Kommune streiten wir fortan
277 gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in
278 Nordrhein-Westfalen den für uns heißt es nun: Es geht um alles!